

Verlust und Erwartung

Der Autor

Egon Krenz, geboren 1937, nach Lehrer-Studium Dienst in der Nationalen Volksarmee, danach Funktionär der Freien Deutschen Jugend, deren 1. Sekretär er von 1974 bis 1983 war. Danach Mitglied der Partei- und Staatsführung der DDR. Im Herbst 1989, in der Nachfolge Erich Honeckers, Generalsekretär des ZK der SED, Staatsratsvorsitzender und Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates der DDR. Im Dezember 1989 Rücktritt von allen Funktionen. Seit 1990 parteilos. Publizistisch aktiv, Autor von Büchern, die es meist in die Bestsellerlisten schaffen.

EGON KRENZ

Verlust und Erwartung
Erinnerungen

edition ost

Für Erika

Inhalt

Neunzehnneunundachtzig	9
Politisches Wetterleuchten	29
Das Politbüro macht Ferien	51
Ratlosigkeit und Resignation	55
Berlin oder Leipzig	61
Politik, Kunst und Literatur	67
Im Zwangsurlaub	75
Am Vorabend des 40. Jahrestages	87
Tage der Entscheidung	93
Entbindung, nicht Rücktritt!	107
Zwischen Hoffen und Bangen	119
Der 9. November – Wahrheit und Legende	129
Vorschlag für eine Volksbefragung	137
Rücktritt als Staatsratsvorsitzender	147
Delegierter des Außerordentlichen Parteitages	149
Die Zeit danach	155
Wie Stimmung gemacht wurde	159
Ein schmerzlicher Rausschmiss	163

Der Umgang mit Honecker	173
Anschluss statt Vereinigung	177
Erste Erfahrungen mit dem Rechtsstaat	189
Die »Stasi« war an allem schuld	195
Siegerjustiz?	199
Ein weißer Fleck	205
Zeuge vor Untersuchungsausschüssen	211
Ost-West-Begegnungen	219
Dialog statt Konfrontation	235
»Herr Krenz, Sie sind verhaftet«	243
In Moabit	247
Revision	257
Die letzte Lesung	269
Zweite Haft	273
Von Plötzensee nach Strasbourg	287
Eine ungewöhnliche Begegnung	293
Haft zu Ende, die Jagd geht weiter	297
Lieber ein Betonkopf als ein Weichei	303
Unterwegs im Internet und im Leben	307
Russland und China, Kuba und Vietnam	321
Was bleibt?	333

Personenregister	345
------------------	-----

Neunzehnneunundachtzig

Zwischen Weihnachten und Silvester 1988 wollte ich einige Tage frei machen. Honecker war im Lande, und ich brauchte ihn nicht zu vertreten. Ich freute mich auf die Zeit mit der Familie und vor allem auf meine fast dreijährige quicklebendige Enkelin. Mein ganzer Stolz. Sie kam, wann immer es ihr einfiel, in mein Arbeitszimmer daheim und lenkte mich für kurze Zeit von meinen Sorgen ab.

Den Kopf bekam ich dennoch nicht frei. Mich plagten vorrangig die in den vergangenen Monaten verpassten Gelegenheiten, im Schulterschluss mit Moskau notwendige Veränderungen in unserer Politik vorzunehmen. Manchmal war ich der Resignation sehr nahe. Ich richtete mich dennoch immer wieder auf. Ich trug schließlich ebenfalls dafür Verantwortung und stand in der Pflicht, zu der ich mich bekannte.

Kurz vor Weihnachten hatte mir mein langjähriger Freund und Wegbegleiter Wolfgang Herger gesagt: »Wenn Erich Honecker Altersweisheit besäße, würde er jetzt zurücktreten. Wenn er es auf der nächsten Tagung des Zentralkomitees nicht macht, werde ich ihn dazu auffordern.« Wolfgang leitete seit 1985 im ZK die Abteilung Sicherheitsfragen, zuvor die Abteilung Jugend. Beide gehörten wir dem Zentralkomitee an.

Ich glaubte nicht an eine solche Einsicht des Generalsekretärs. Aus verschiedenen Gründen. Zunächst natürlich politische. Gorbatschow hatte unlängst in einer Grundsatzrede von einer »Krisensituation« in der Sowjetunion gesprochen und vor Kräften gewarnt, »die die Perestroika missbrauchen, um zu den

Zuständen vor der Oktoberrevolution 1917 zurückzukehren«. Das klang nach Konterrevolution und machte Honecker hellhörig. Mehr noch: Er verhielt sich, wenngleich nur für kurze Zeit, solidarisch mit dem sowjetischen Parteiführer. Dieser wiederum fürchtete Instabilität in der DDR, käme es dort zu einem Führungswechsel. Sie konnte er nicht gebrauchen, jetzt schon gar nicht. Das sah und spürte auch Honecker. Für ihn war das wie eine Aufforderung zum Bleiben. Sowjetbotschafter Kotschemassow drückte es mir gegenüber diplomatisch verklausuliert aus: »Nach politischen Erfolgen wie etwa dem Staatsbesuch in der Bundesrepublik 1987 wechselt man nicht die Pferde.«

Auf der anderen Seite: Erich Honecker – Jahrgang 1912 – war inzwischen fast im gleichen Alter wie sein Vorgänger Walter Ulbricht. Mit eben jenem Argument, dem Hinweis auf das Alter, hatten Mitglieder und Kandidaten des Politbüros in einem Schreiben an Leonid Breschnew, den sowjetischen Parteichef, Ulbrichts Ablösung gefordert. Mit 78 Jahren habe er Mühe, »den großen Umfang von Arbeiten und Verpflichtungen wahrzunehmen, die sich aus der Funktion des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR ergeben«. Honecker befand sich nun in der gleichen Lebensphase wie seinerzeit Ulbricht. Doch ihm war das scheinbar nicht klar – so er denn die erkennbaren Alterserscheinungen nicht bewusst verdrängte.

Ich erinnerte mich an eine internationale Konferenz in Moskau 1984. Wir sahen, wie dem 73-jährigen KPdSU-Generalsekretär Tschernenko, bereits sichtlich hinfällig, das Redemanuskript entglitt. Gorbatschow an seiner Seite ging in die Knie und sammelte die Blätter ein. Honecker zeigte sich angesichts dieser ziemlich traurigen Peinlichkeit angefasst und beugte sich

zu mir herüber: »Du musst unbedingt aufpassen, dass uns nicht Ähnliches passiert.«

Fünf Jahre später nun musste Honecker zwar nicht gestützt werden, und er hielt seine Redemanuskripte unverändert fest in der Hand. Aber er war eben auch nicht jünger geworden. Hätte ich ihn jedoch an diese Beobachtung und seine Bemerkung im Kreml erinnert, wäre dies von ihm vermutlich als eine persönliche Beleidigung empfunden und zurückgewiesen worden: In seiner Selbstwahrnehmung war er fit und gesund. Von Altersstarrsinn spürte er selbstverständlich nichts, nichts von zunehmender Eitelkeit und Selbstüberschätzung.

Selbstkritisch muss ich bekennen, dass ich zu jenem Zeitpunkt der – später als illusionär zu bezeichnenden – Auffassung war, die notwendigen Veränderungen in der Partei und in der Gesellschaft *mit* und nicht gegen Honecker einleiten zu können. Zumal er in großen Teilen der Bevölkerung – bei aller Kritik – aufgrund seines auch international geachteten aktiven Beitrages zur europäischen Friedens- und Sicherheitspolitik noch immer viel Zuspruch erfuhr.

Auch ich schätzte unverändert Honeckers Mut, als er sich in den frühen achtziger Jahren dem Raketenwahnsinn widersetzte. Er engagierte sich damals für eine Koalition der Vernunft über Länder- und Systemgrenzen hinweg und riskierte damit sein eigenes politisches Schicksal. Auch sowjetische Atomraketen waren für ihn Teufelszeug.

Im Nachhinein sage ich heute: Hätte der Antifaschist Honecker nach seinem Staatsbesuch in der BRD 1987 seinen Hut genommen, wäre man vielleicht später anders mit ihm umgegangen. Er hatte sich nachweislich um den Frieden verdient gemacht, was man noch immer im Volke hochschätzen würde.

Und nicht zuletzt gab es auch eine emotionale Beziehung zwischen uns. Erich Honecker war fünfundzwanzig Jahre älter als ich. Und Honecker hatte mich sehr lange gefordert und gefördert, ich verspürte ihm gegenüber Dank und Respekt.

Alle diese Überlegungen veranlassten mich, Wolfgang Herger von seinem Vorhaben abzubringen. Zumal sich alle im Politbüro bedeckt hielten: Niemand wusste, ob dort eine Mehrheit existierte, die meinte, den ersten Mann in diesem Gremium zum Rückzug bewegen zu können. Viele waren so alt wie er und älter. Im Januar 1971 war das anders gewesen. Dreizehn hatten das unter Federführung von Honecker verfasste siebenseitige Schreiben an Breshnew unterzeichnet – sieben Mitglieder und Kandidaten (einschließlich Ulbricht selbst) hingegen nicht, wobei bis heute Historiker über den Grund rätseln. Aber die Mehrheit war eben *für* Ulbrichts Ablösung. Und diese Mehrheit hatte es damals seit Monaten erkennbar gegeben.

Einen ersten ernsthaften Versuch, mich für einen Sturz Honeckers zu gewinnen, unternahm im Februar 1989 Gerhard Schürer, ein kluger, integrier Mann, dessen Auftritte als Kandidat des Politbüros ich sehr schätzte. Auch als Mensch mochte ich ihn. Der »Anschlag« erfolgte im Keller seines Wochenendhauses in Dierhagen, in das er mich eingeladen hatte. »Ich wusste, dass ich viel aufs Spiel setzte, denn immerhin war es ein Gespräch, das als Hochverrat gewertet werden konnte«, schrieb Schürer in seinen 2014 in der *edition ost* unter dem Titel »Gewagt und verloren« veröffentlichten Erinnerungen. Und weiter: »Im Gespräch wurde deutlich, dass sich Krenz schon länger mit ähnlichen Gedanken beschäftigt hatte. Ich war für einen sofortigen, natürlich risikoreichen Staatsstreich, wollte im Politbüro die Absetzung von Honecker, Mittag und Herrmann und die Berufung

von Egon Krenz zum Generalsekretär vorschlagen und selbst in Rente gehen, damit erkennbar wurde, dass es mir nur um die Sache und nicht um einen Posten ging.«

Ich erinnerte mich an dieses Keller-Gespräch, das Schürer ohne Prolog begann: »Wir müssen Honecker stürzen.«

Er sah mir in die Augen.

»Und wie stellst du dir das vor?«

»Wenn du dich an die Spitze stellst, werden sich die Armee, das Ministerium für Staatssicherheit und die Polizei loyal verhalten. Wenn du Generalsekretär bist, gehe ich.« Schürer war fast 68, also seit knapp drei Jahren im regulären Rentenalter. »Damit gebe ich den Alten im Politbüro ein Signal. So kannst du die Überalterung überwinden und dir ein jüngeres Politbüro deiner Wahl aufbauen.«

Seine Offenheit imponierte mir. Eine Verjüngung der gesamten Führung war zweifellos notwendig. In diesem Punkt stimmten wir überein. Doch sein Plan roch mir zu sehr nach Verschwörung. Ein Putsch war meine Sache nicht. Das passte auch nicht zu unserer marxistischen Weltanschauung.

Dennoch teilte ich Schürers Urteil. »Ja«, sagte ich, »auch ich glaube, dass Erich Honecker seinen Funktionen nicht mehr gewachsen ist. Weder physisch noch psychisch.« Mir mache überdies Sorge, dass unsere Schulden im Westen unablässig wüchsen. »Wir leben auf Kosten unserer Kinder und Enkel«, sagte ich. »Daran wird jeder Nachfolger Honeckers scheitern.«

»Kennst du die Details?«, erkundigte sich Schürer. Schließlich war er Chef der Staatlichen Plankommission und darum wohl bestens über die wirtschaftliche Lage der DDR informiert.

»Alexander Schalck und Wolfgang Junker haben mich seit 1984 über alles informiert, was ich über die ökonomische und

finanzielle Situation der DDR wissen muss.« Staatssekretär Schalck-Golodkowski aus dem Außenhandelsministerium leitete dort den Bereich Kommerzielle Koordinierung, über den die wichtigen Geschäfte mit dem kapitalistischen Ausland liefen, und Junker, mit dem mich eine Freundschaft verband, war seit 1963 Bauminister, und das war eine Schlüsselfunktion.

Es müsse eine gründliche Analyse im Politbüro erfolgen. »Solange die Mitglieder die politischen und ökonomischen Fakten unserer innenpolitischen Lage nur ungenügend kennen, werden wir keine Mehrheit für die Absetzung Honeckers bekommen«, setzte ich fort. »Und solange Mittag den Generalsekretär steuert, wird es schwierig, auf Honecker einzuwirken.«

Ich gab ferner zu bedenken, dass auch außerhalb der DDR ein »Staatsstreich« auf Unverständnis stoßen dürfte, zu groß war die internationale Reputation Honeckers. Selbst in der Bundesrepublik. Der erzkonservative Fraktionschef der Union im Deutschen Bundestag, Alfred Dregger, hatte Honecker am 8. September 1987 auf Schloss Gymnich als einen »deutschen Kommunisten« begrüßt, mit dem er als deutscher Demokrat Gemeinsamkeiten hätte. Und Theo Waigel, der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Bundestag, hatte dazu genickt. Oder: Der langjährige SPD-Vorsitzende Willy Brandt, Vater der sogenannten neuen Ostpolitik, hatte nach seinem Besuch im September 1985 bei Honecker in Berlin auf einer Pressekonferenz erklärt, dass er »als Mensch und Politiker« gewinnen würde, wenn der Meinungsaustausch mit dem Generalsekretär und Staatsratsvorsitzenden Fortsetzung fände. Brandts Nachfolger an der Spitze der SPD, Hans-Jochen Vogel, hatte erst unlängst gewünscht, dass Honecker noch lange im Amte bliebe, damit die fruchtbaren deutsch-deutschen Kontakte weitergeführt werden könnten ...

Nein, gegen diesen Mann zu putschen ging mir gegen den Strich, wie mir politische Intrigen prinzipiell verhasst waren.

Darum reagierte ich auch abwehrend auf die Intervention der beiden Besucher, die mich am 12. September 1989 in Dierhagen aufgesucht hatten. Ich verbrachte dort meinen Urlaub, in den ich von meinem Chef geschickt worden war, damit ich nicht seine Kreise in Berlin störte.

Eberhard Aurich, seit fast sechs Jahren mein Nachfolger an der Spitze der Freien Deutschen Jugend, und Gerd Schulz, Leiter der Abteilung Jugend des ZK der SED, ließen bei mir Dampf ab. Auf der jüngsten Sitzung des Politbüros hatte Günter Mittag der FDJ die Verantwortung zugeschoben, dass so viele Jugendliche die Republik verließen. Ungarn hatte am Tag zuvor die Grenze zu Österreich geöffnet. Unter den etwa fünfzehntausend DDR-Bürgern, die die Gelegenheit zur illegalen Ausreise nutzten, befanden sich naturgemäß auch junge Leute. Das, so behauptete Honeckers amtierender Stellvertreter Mittag, sei ein Beweis dafür, dass der Jugendverband in der politisch-ideologischen Arbeit versagt habe.

Doch wie ich bald merkte, war nicht Mittags skandalöse Unterstellung der Anlass für die beiden ZK-Mitglieder, mich während meines Zwangsurlaubs an der Ostsee aufzusuchen. Der eigentliche Grund ihrer Dienstreise war ein anderer.

»Gestern hat es einen tiefen Einschnitt im Leben unseres Landes gegeben«, hob Aurich an und bezog sich auf die Reaktion des Politbüros auf die Grenzöffnung der Ungarn. »Ich bin empört, wie das Politbüro damit umgeht.« Das Politbüro verdränge Tatsachen und handle in kurzschlussartiger Hektik. Das Wort der Partei werde nicht mehr ernstgenommen. Noch vor einem Jahr habe man auf die Autorität Erich Honeckers bauen können. Die aber habe er inzwischen verloren.

Aurich machte eine kurze Pause, schaute mich an: »Egon, komm zurück nach Berlin! Mit Honecker geht es nicht mehr.«

Aha, dachte ich, daher wehte der Wind.

Ich sah natürlich wie sie, dass dringender Handlungsbedarf bestand. Der ehrgeizige, machtbesessene Mittag leitete in Honeckers Auftrag das Politbüro. Ich konnte Mittag schlechterdings nicht auffordern, sich zurückzuziehen, um mir diese Aufgabe zu übertragen. Undenkbar ohne die Zustimmung Honeckers, der sich nach einer neuerlichen Operation im Genesungsurlaub befand. Honecker war erkennbar am Ende seiner Kräfte, doch die Erfahrung lehrte auch: Meist hatte die Ablösung des ersten Mannes in einem sozialistischen Staat zu gesellschaftlichen Verwerfungen und Auseinandersetzungen geführt. Das musste vermieden werden.

Darüber diskutierte ich oft mit Siegfried Lorenz. Wir waren seit den sechziger Jahren eng miteinander befreundet, teilten Überzeugungen und Sichten und redeten ganz offen über die Probleme, die uns bedrückten. »Siggi« gehörte wie ich dem Politbüro an. Wir waren inzwischen zu dem Schluss gekommen, dass die Klassenkämpfe der Vergangenheit Honeckers Denken dominierten. Eigentlich hätten das die Gegenwart und gesellschaftliche Strategien für die Zukunft sein müssen. Das war doch die Hauptaufgabe der heutigen Klassenauseinandersetzungen. Honecker jedoch setzte die Errungenschaften der DDR ins Verhältnis zu seinen Kindheits- und Jugenderinnerungen. Arbeit, Brot und Völkerfrieden, die in einem alten Arbeiterlied besungen wurden, waren seine Ideale. Und diese waren für ihn erfüllt und mussten nun lediglich verteidigt werden. Selbst Wilhelm Busch wusste bereits: »Ein jeder Wunsch, wenn er erfüllt, kriegt augenblicklich Junge.« Das bedeutete doch, dass jede

nachwachsende Generation andere Ansprüche und Bedürfnisse entwickelte und sich nicht mit dem zufrieden gab, was ihr überlassen wurde. Alles andere bedeutete Stagnation. Das Konservieren des Ist-Zustandes war eigentlich Rückschritt. Unter der Losung »Kontinuität und Erneuerung« sollte dieser Tatsache entgegengewirkt werden. Doch das blieb nur eine propagandistische Parole. Honecker setzte auf Kontinuität.

Das wurde ganz deutlich, als er im November 1988 dem Politbüro vorschlug, den XII. Parteitag der SED um ein Jahr vorzuziehen. Diese unangekündigte Initiative traf alle wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Also nicht 1991, sondern schon 1990 sollte das höchste Gremium der Partei zusammentreten. Das verstieß nicht nur gegen das Statut, das einen Fünfjahres-Turnus vorsah. Es brach auch mit der Tradition, dass der SED-Parteitag auf den der KPdSU in Moskau folgte.

Einige meiner älteren Politbüro-Genossen, die schon lange gehen wollten, nahmen diese Ankündigung als hoffnungsvolles Zeichen. Sie vermuteten nämlich, dass der Generalsekretär den Weg für einen Generationswechsel freimachen wollte: nicht nur in seiner Funktion, sondern in der gesamten Führung.

Doch darin sahen sie sich bald getäuscht. Honeckers Äußerungen und nachfolgende Vorschläge zielten genau aufs Gegenteil. Die Benennung der Hauptredner auf diesem Parteitag – Erich Honecker, Willi Stoph und Horst Sindermann – ließ erkennen, dass es unter »bewährter Führung« weitergehen sollte. Also weiter Kontinuität statt Erneuerung.

Als Motiv für die Vorverlegung des Parteitages und dessen Platzierung vor dem KPdSU-Konvent nannte Honecker auch. »Damit wir uns mit dem ganzen Quatsch von Gorbatschow auf seinem Parteitag nicht beschäftigen müssen.«

Diese eher beiläufig gemachte Bemerkung im Politbüro fand nicht nur ich befremdlich.

Möglicherweise brachte Honecker damit eine tiefe innere Ablehnung zum Ausdruck. Äußerungen wie diese signalisierten nach meinem Eindruck auch eine gewisse Selbstüberhebung. Honecker war von sich eingenommen und zeigte Anflüge von Hochmut. Bezeichnend seine Rede auf der 7. Tagung des ZK im Dezember 1988. Darin präsentierte er eine lückenlose, durchgängig positive Bilanz seit dem VIII. Parteitag 1971 – also jener Zeit, in der er an der Spitze von Partei und Staat gehandelt hatte.

Diese Bilanz war nicht nur geschönt. Sie ließ in ihrer Übertreibung auch keine Steigerung mehr zu. Die nachfolgende Führung hatte unter dieser Vorgabe keine Chance für zukunfts-trächtige Veränderungen, denn es war schon alles getan und entschieden. Jeder Schritt vorwärts wäre einer zurück, denn man entfernte sich von diesem vermeintlich so erfolgreichen Kurs.

Ich hatte Mitte der sechziger Jahre an der Moskauer Par-teihochschule zwar »Das Kapital« von Karl Marx und andere Klassiker zur Ökonomie studiert, aber ich kannte meine diesbe-züglichen Grenzen. Mir fehlten wie Honecker tiefere Kenntnisse volkswirtschaftlicher Zusammenhänge und der dort herrschen-den Regeln. Allerdings hatte ich noch immer den Satz eines sowjetischen Professors im Ohr, der Seminare zum »Kapital« und zur sozialistischen Ökonomie abhielt. Den thematischen Übergang von der kapitalistischen zur sozialistischen Wirtschaft leitete er mit der Bemerkung ein, wir hätten uns bisher mit Marx und der Wissenschaft beschäftigt – jetzt gingen wir zur Träume-ri über.

Wir deutschen Hörer protestierten, glaubten wir doch darin einen Angriff auf das Neue Ökonomische System der Planung

und Leitung zu erkennen. Dieses Reformkonzept war 1963 auf dem VI. Parteitag der SED beschlossen worden. Doch die damit verbundenen Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft der DDR wurden von der neuen sowjetischen Führung – 1964 war Chruschtschow von Breschnew gestürzt worden – kritisch gesehen. Das, so meinten wir, war ursächlich für die professorale Bemerkung.

Letztlich führte die Moskauer Kritik an diesem Reformkonzept zur Absetzung Ulbrichts und zu einer politischen Kurskorrektur, die auf dem VIII. Parteitag 1971 vollzogen worden war. Unter der Losung von der Einheit der Wirtschafts- und Sozialpolitik sollten die Menschen unmittelbar am Aufschwung teilhaben. Sozialismus war nicht mehr das Versprechen auf ein besseres Leben in der Zukunft, sondern sollte bereits in der Gegenwart erfahrbar sein. Daraus sollte auch eine höhere Motivation wachsen, sich stärker als bisher für den Sozialismus zu engagieren. Friedrich Engels hatte diese Dialektik das »Gesetz des Umschlagens von Quantität in Qualität und umgekehrt« genannt.

Tatsächlich gab es nach 1971 einen beachtlichen Aufschwung in der DDR. Gute Arbeit machte sich bezahlt: für den Einzelnen wie für alle. Es wurden ein gewaltiges Wohnungsbauprogramm begonnen und die Mieten gesenkt. (In Berlin beispielsweise wurde die Miete auf 1,00 bis 1,25 Mark je Quadratmeter Wohnfläche festgelegt.) Waren und Dienstleistungen wurden subventioniert, weshalb man bald von der »zweiten Lohntüte« sprach. Viele sozialpolitische Maßnahmen wurden auf dem Weg gebracht – Unterstützung für junge Familien und doppelt belastete Frauen (womit die in der DDR-Verfassung festgeschriebene Gleichberechtigung der Geschlechter weiter in der Wirklichkeit

ankam). Und auch außenpolitisch fuhr Honecker die Ernte ein, wofür Ulbricht mit Beharrlichkeit und Ausdauer die Saat gelegt hatte: Im September 1973 wurde die DDR – gemeinsam mit der BRD – in die UNO aufgenommen, mehr als hundert Staaten nahmen diplomatische Beziehungen zur DDR auf.

Aber: Der ökonomische und gesellschaftliche Aufschwung kostete mehr, als wir es uns hatten leisten können. Das wohl meinte der Genosse Professor in Moskau mit »Träumerei«, ohne die tatsächliche Entwicklung der folgenden zwei, drei Jahrzehnte zu kennen. Chruschtschow hatte bereits auf dem XXI. Parteitag der KPdSU 1959 erklärt, man würde nunmehr mit dem Aufbau der kommunistischen Gesellschaftsordnung beginnen, während Ulbricht indirekt widersprach, indem er dem Sozialismus ein langes Leben und die Eigenständigkeit als Gesellschaftsordnung zugestand. An dieser Überzeugung hielt unausgesprochen auch Honecker fest – während Breschnew auf dem XXV. Parteitag 1976 noch immer vom Aufbau der kommunistischen Gesellschaft in der UdSSR als Tagesaufgabe träumte.

Wir lebten über unsere Verhältnisse, häuften Schulden an und gerieten in Abhängigkeiten, von denen wir nicht mehr loskamen. Es zeigte aber auch, wie sehr wir noch in die kapitalistische Weltwirtschaft eingebunden waren. Das sozialistische Lager war ökonomisch keineswegs autark. Stiegen die Weltmarktpreise für Rohstoffe, hatte das Konsequenzen für uns. Fielen die Weltmarktpreise für Maschinen, die wir exportierten, sanken auch unsere Erlöse. War die Ernte schlecht, mussten wir Weizen im NSW, im Nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet, gegen Devisen kaufen, die uns an anderer Stelle fehlten. Zudem hatten wir uns der Boykott- und Embargomaßnahmen zu erwehren. Es gab im Westen die berüchtigten Cocom-Listen,

auf denen die Waren standen, die aus »strategischen Gründen« nicht an die sozialistischen Länder geliefert werden durften. Trotz Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen wurden wir von der internationalen Arbeitsteilung ausgeschlossen, der globale wissenschaftlich-technische Fortschritt zog gewissermaßen an uns vorbei und forderte uns riesige Investitionen ab, um aus eigener Kraft Defizite auszugleichen. So gerieten wir zunehmend in eine ökonomische Schieflage. Doch Honecker tat so, als befänden wir uns seit 1971 in einem kaum gebremsten Aufstieg.

Am Anfang fand ich Erich Honeckers Arbeitsstil bestechend. Schickte ich ihm morgens einen Vorschlag, kam in der Regel noch am gleichen Tag ein quer über das Blatt geschriebenes »Einverstanden« zurück. Bald schon, eben aufgrund des vorrückenden Alters und wegen der Tatsache, dass alle Entscheidungen über seinen Tisch liefen, las er manches nur noch quer, schrieb sein »Einverstanden« darauf und konnte sich später nicht mehr daran erinnern. Das verunsicherte die Arbeit des Politbüros, weil niemand mehr genau wusste, was wirklich mit ihm abgestimmt war und was nicht.

Honecker verlor mit den Jahren sowohl die Bereitschaft wie auch die Fähigkeit, die Veränderungen in der Welt und in der DDR zur Kenntnis zu nehmen. Dieser Realitätsverlust ging einher mit der Verweigerung zu akzeptieren, dass der politische Kurs des VIII. Parteitages ökonomisch nicht abgesichert war. Eine Korrektur der Politik der Hauptaufgabe, die Gerhard Schürer mehrmals anmahnte, selbst nur in Details, kam für Honecker zu keinem Zeitpunkt infrage. 1976 wurde er beispielsweise von der Plankommission auf die Explosion der Weltmarktpreise für Erdöl und andere Rohstoffe und die daraus für unsere Volkswirtschaft erwachsenden Folgen aufmerksam gemacht. Darauf

reagierte er unwirsch mit den Worten: »Wir können doch nicht von einem Tag zum anderen vor das ZK und die Partei treten und sagen: ›Wir haben uns geirrt‹.«

Nein, eine Korrektur der Politik, die mit seinem Namen verbunden war, schloss er definitiv aus. Fehler konnte es nicht geben, also waren auch keine vermeintlichen Irrtümer zu korrigieren. Aber es war doch weder ein Fehler noch ein Irrtum unserer Politik, dass die Rohstoffpreise unerwartet stiegen. Ohne unser Zutun. Die Preise machten die anderen. Wir mussten jedoch darauf reagieren, vielleicht andere Schwerpunkte in der Wirtschaftspolitik setzen und den Menschen reinen Wein einschenken. Da aber verweigerte sich Honecker.

Im Panzerschrank von Minister Walter Halbritter, dem Leiter des Amtes für Preise, lagen Vorlagen zur Preispolitik der DDR. Nahezu jährlich machte er Vorschläge zum Abbau von Subventionen – durchaus auch im Interesse sozialer Gerechtigkeit. Honecker war stets strikt dagegen. Einmal sagte er mir, der 17. Juni 1953 habe mit der Erhöhung der Marmeladenpreise begonnen, das sei ihm eine Lektion fürs Leben gewesen.

Um die Debatte über eine Preisreform zu beenden, ließ er von dem bekannten DDR-Wirtschaftswissenschaftler Prof. Jürgen Kuczynski einen Grundsatzartikel publizieren. Tenor: Die Preisstabilität sei eine großartige Leistung des Sozialismus, die dürfe man unter keinen Umständen aufgeben. Prof. Otto Reinhold, Rektor der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, sah das weniger propagandistisch, sondern sachlich-nüchtern. Auf seinen Beitrag im *Neuen Deutschland* reagierten über zweihundert Leser mit bemerkenswerten Stellungnahmen. Diese widerspiegelten die DDR-Wirklichkeit. Die einen beklagten die Gleichmacherei. Ob einer faul oder fleißig sei,

spiele keine Rolle im Sozialismus. Das Leistungsprinzip sei außer Kraft gesetzt. Andere monierten, dass hochsubventionierte Lebensmittel – etwa Brot – als Tierfutter eingesetzt würde, weil es billiger sei als das eigentliche Futter.

Ich ging mit der Analyse der Leserbriefe zu Honecker. Dessen Kommentar: Der erfahrene Wissenschaftler Jürgen Kuczynski weiß es besser. Damit war für ihn das Problem vom Tisch.

Tatsächlich waren die Zuwendungen aus dem Staatshaushalt zwischen 1971 und 1988 von 26,2 Milliarden auf 110,5 Milliarden Mark gestiegen – einzig um die Preise für Grundnahrungsmittel, Energie, Dienstleistungen, Fahrtarife, Kino- und Theaterkarten usw. auf dem Niveau von vor Jahrzehnten zu halten. Im Durchschnitt zahlte der DDR-Bürger lediglich drei Prozent des Haushaltsnettoeinkommens für die Miete.

Das hatte dazu geführt, dass inzwischen jeder Werktätige lediglich 57 Prozent seines Einkommens de facto »erwirtschaftete« – 43 Prozent bekam er leistungsunabhängig in Gestalt von Subventionen. Jeder Volkswirtschaftler sagte, dass dies ein ungesundes Verhältnis war. Zudem wirkte es nicht stimulierend auf die individuelle Leistungsbereitschaft.

Nicht nur Halbritter schlug seit Jahren darum vor, die Subventionen sozial gerecht abzubauen und das verfügbare Monatseinkommen um etwa 460 Mark zu erhöhen.

Kein Wort dazu in Honeckers Rede auf dem 7. ZK-Plenum Ende 1987. Sein Bericht war zuvor auch nicht im Politbüro diskutiert, sondern dort lediglich zur Kenntnis gegeben worden. Doch einige Genossen – so etwa Günter Schabowski – deuteten Honeckers Ausführungen als »tiefgreifende Analyse der gesellschaftlichen Entwicklung, als einen bedeutenden Beitrag zur sozialistischen Gesellschaftskonzeption der SED«.

Bildnachweis

Daniel Biskup Titel, XVII
Privatarchiv Egon Krenz II, III, IV, V, VI, VII, VIII, IX, XVI, XVIII,
XXII, XXIII, XXIV, XXVI, XXVII
Frank Schumann I, IX, X, XI, XII, XIII, XIV, XV, XIX, XX, XXI, XXV,
XXVIII, XXIX, XXX, XXXI, XXXII

edition ost im Verlag Das Neue Berlin –
eine Marke der Eulenspiegel Verlagsgruppe Buchverlage

ISBN 978-3-360-02817-4

1. Auflage
© 2025 Eulenspiegel Verlagsgruppe Buchverlage GmbH, Berlin
Alle Rechte der Verbreitung vorbehalten.
Ohne ausdrückliche Genehmigung
des Verlages ist nicht gestattet,
dieses Werk oder Teile daraus auf fotomechanischem Weg
zu vervielfältigen oder in Datenbanken aufzunehmen.

Umschlaggestaltung: Buchgut, Berlin,
Druck und Bindung: Printed in the EU

www.eulenspiegel.com